Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 39

Rubrik: Weltowchenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Die Demarkationslinie.

Das Ende Großpolens wird nicht durch die Errichtung eines neuen Pufferstaates besiegelt, sondern durch eine regelrechte Teilung. Man weiß noch nicht, ob die Deutschen ihr Stück, das sie über die alten deutschen Reichsgrenzen hinaus gewinnen, als eine Art Protektorat behandeln wollen, oder ob sie zuwarten, bis der Krieg im Westen ihnen erlaubt, einen neuen Zustand im Osten festzulegen. Solange der Sieg im Westen nicht erfochten ist, kann ja auch im Osten nichts Definitives bestimmt werden; wahrscheinlich begnügt man sich mit einem Okkupationszustande, der erlaubt, alle verfügbaren Vorräte an Rohstoffen und Nahrungsmitteln abzutransportieren und die mehr als 450,000 Kriegsgefangenen dort einzusetzen, wo der Krieg Lücken gerissen, in der Landarbeit und anderswo.

Das wichtigste, was seit acht Tagen gemeldet wurde, ist die Festsetzung der Demarkationslinie zwischen der russischen und der deutschen Armee. Sie verläuft nicht, wie man vermutete, an den ethnographischen Grenzen zwischen polnischer und weißrussischer, oder im Süden ukrainischer Sprachgruppen, sondern westlich davon, den Flüssen San, Weichsel, Bug, Narew und Pissa entlang. Das bedeutet, daß die Russen ein Stück wirkliches Polen in ihre Hände bekommen. Also mehr als sie bei der berühmten dritten Schlußteilung des alten Polenreiches im Jahre 1795 erhielten. Damals bekamen sie nur russische Gebiete, und nicht einmal alle; Galizien wurde österreichisch.

Wozu hat Stalin durchgesetzt, daß ihm auch ein rein polnischer Brocken in die Hände gespielt wurde? Die deutschen Meldungen behaupten, diese Linie sei schon in den Besprechungen vor der Offensive Deutschlands bestimmt worden; Deutschland habe nie die Absicht gehabt, große Teile Polens zu besetzen oder gar zu behalten. Nun, das stimmt kaum. Erstens halten sie ein gewaltiges Stück des wirklichen Polen in Händen . . . die Hauptstadt Warschau gehört dazu, ebenso Krakau, die alte Krönungsstadt, ferner das wichtigste Industriezentrum Lodz. Daß sie aber nicht mehr behalten, daß sie die Russen bis an die Weichsel vorstoßen lassen, ja, daß die „Demarkation" Warschau in zwei Hälften, eine russische, die Arbeitervorstadt Praga umfassend, und eine unter den Deutschen verbleibende zerschneidet, das hat einen andern Grund. Es hat geheißen und ist niemals dementiert worden, daß deutsche Offiziere nach Moskau flogen, um eben die Punkte zu fixieren, bis zu welchen die beiden Armeen vorstoßen dürften . . . und eben diese Beratungen in Moskau gaben den Ausschlag. Weite Gebiete, so das Petrolgebiet in Galizien, waren in deutschen Händen und wurden den Russen überlassen; ganz gleich ging es mit den Ländern zwischen Bug und Weichsel . . . eben jenem Stück wirklichen Polens, wie wir sagten.

Frage: Was will Stalin mit diesem polnischen Streifen?

Die Antwort erhalten wir, wenn wir beobachten, was in den östlichen, den „echt russischen" Gebieten vor sich geht. Dort wird „sowjetisiert". Das heißt, es werden polnische Großgrundbesitzer gejagt und gefangen, jene Familien, welchen zuliebe diese ganzen Gegenden als polnisch bezeichnet wurden. Man hört die Namen Mirski, Ljubomirski, Radziwill. Edelste polnische Geschlechter. Die Bauern werden aufgefordert, sich den Grundbesitz anzueignen. Anderseits wird der Bauernschaft vorgeschlagen, oder besser, es wird kommandiert, daß sie ihre Genossenschaften zu bilden haben, welche die Großbetriebe übernehmen werden, um nach dem russischen „Kolchosensystem" neuzeitliche Landwirtschaft zu treiben, mit Maschinen, die entweder schon in den Gutswirtschaften vorhanden sind, oder solchen, die von Moskau aus versprochen werden. In den Städten werden rote Bürgerwehren, besser Arbeiterwehren eingerichtet, die dafür sorgen sollen, daß kein Fabrikdirektor seinen Posten verlasse. Die Industrieherren verhaftet man.

Diejenigen, die sich einbildeten, Rußland sei zu einem imperialistischen Staate geworden, der nichts mehr nach seinen roten Doktrinen frage, haben sich getäuscht. Alle Vorgänge, die man aus der russischen Revolution kennt, wiederholen sich. Mit dem einen Unterschiede, daß die Uebermacht der Revolution selbstverständlich, die Gegenwehr der Herrenklasse gering ist. Denn hinter den aufstehenden „armen Bauern" und Arbeitern steht die Rote Armee. Ein ungleiches Spiel. Man hatte gehofft, unter solchen Umständen würden die ärgsten Dinge ausbleiben; man würde nicht an die regelrechte Ausrottung der besiegten Klasse gehen. Aber die Meldungen von Offiziersjagden, die Heeresberichte, die behaupten, in Grodno hätten nur „Offiziere und Gendarmen" Widerstand geleistet, und die Arbeiter, die Eisenbahner voran, wären den roten Truppen entgegengezogen und hätten die Internationale gesungen, sagen alles. Dort, wo die Rote Armee hinkommt, wird revolutioniert.

Und sie kommt, wie wir sagten, auch ins wirkliche Polen. Und es wird auch dort revolutioniert werden. Ein „Sowjetpolen" wird um Lublin herum entstehen, und es wird die Arbeiterstadt Praga umschließen. Ueber die Weichsel hinüber wird die Kunde dringen, daß die Bauern das Land der Rittergutsbesitzer genommen und verteilt und wieder an die Kolchosy verloren . . . und daß sie mit amerikanischen Maschinen versehen würden. Die Russen stellen sich dabei vor, diese Nachrichten würden überall zünden: Bei den Polen im deutschbesetzten Teil, bei den ostelbischen deutschen Landarbeitern, weit in den Westen hinein. Und was in den Städten geschieht: Die Nationalisierung der Fabriken, werde auch von den deutschen Arbeitern vernommen. Damit wissen wir, warum Stalin in den Moskauer Verhandlungen ein Stück Polen ertrotzt hat. Er will einen kleinen Brandherd legen und von diesem Herd aus später ganz Polen samt Deutschland entzünden. Wie bald, das kümmert Stalin nicht. Er nimmt an, daß die Anspannung der deutschen Wirtschaft durch den Krieg im Westen dafür sorgen werde, und wenn es Jahre geht.

Die Verteidigung von Warschau.

Alle öffentlichen Gebäude liegen in Trümmern. Die meisten andern Häuser haben Bomben oder Splitter erhalten. Kein Haus, das nicht Spuren oder Opfer an Menschenleben aufwiese. Schulen und Spitäler, Kirchen und Paläste, alles lauter „militärische Objekte", werden von der Artillerie, von Sturzfliegern, von wahllos abwerfenden Jagdfliegern heimgesucht. Die Verteidigung geht fort. Die Moral der Bevölkerung und der Truppen sei ausgezeichnet. Die Nahrungsmittel sind rationiert. Jede Beschießung fordert neue Opfer. Zu Zehntausenden fielen sie während der ersten Generalbeschießung. Aber von einer Kapitulation vernimmt man nichts. Praga hält sich genau wie die westliche Hälfte. Kolonnen versuchen Ausfälle. Man hat von einem Panzerzug gehört, der durch die deutschen Linien brach und erst im Westen von Kaluschin, also weit außerhalb der Stadt, abgefangen wurde. Und immer neue Attaken werden versucht, und immer neue Sturmangriffe abgeschlagen. Wenn die polnische Führung im ersten Teil des Krieges versagte . . . das Volk hat nicht versagt. Auch die deutsche Berichterstattung läßt den polnischen Soldaten, was sie ihnen lassen muß, die soldatische Ehre. Es ist bezeichnenderweise nicht mehr die Rede von „Schießereien des polnischen Militärs". Anscheinend hat man begriffen, daß sich ein Volk erhoben, wenn auch nur in seinen restlichen Beständen, und daß die eingeschlossenen Divisionen sich wehren bis zum letzten, gestützt auf den Widerstands-

willen des Volkes, das wütend hassen kann. Wenn während der Eroberung Greuel passieren sollten, wenn die Besiegten Gefangene ermorden werden, und wenn die Sieger sich dafür auf ihr Weise rächen, in der Wut dieser letzten Schlacht erscheint nichts mehr unmöglich.

Bisher gelang es den Deutschen, Modlin, die Festung am Zusammenfluß des Bug mit der Weichsel, von der Hauptstadt abzuschneiden. Wenigstens östlich der Weichsel gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen Warschau und Modlin. Wie es im Westen steht, darüber sagen die Deutschen nichts. Nach der polnischen Darstellung müßte sich im Westen immer noch ein Vorfeld von weiten Kilometern Ausmaß in den Händen der Verteidigung befinden, und über dieses Feld hinweg und über das Wasser stünde man mit den Abteilungen in der Festung immer noch in Verbindung.

Es ist zu erwarten, daß aller Tapferkeit der Polen zum Trotz die furchtbare Beschießung schließlich doch wirken werde. Und daß die ganze Aussichtslosigkeit des Kampfes den Kapitulationswillen reife. Freilich gibt es noch etwas, das die Lage komplizieren könnte. Wir wissen nicht, ob die Russen, die sich Warschau nähern, den deutschen Zernierungsring östlich der Weichsel ablösen sollen, und wie sich in diesem Falle die polnische Verteidigung verhalten wird. Die russische Kapitulationsaufforderung würde anders lauten als die deutsche. Es ist sogar denkbar, daß man die Brandfackel der Klassenentzweiung unter die Verteidiger wirft, die Arbeiter zu sich hinüber zieht und den Polen die Aufrichtung eines „freien, roten Sowjetpolens" . . . („mit Rußland verbündet") vorspiegelt. Auf jeden Fall aber werden die Russen nichts tun, um dem jetzigen polnischen Regime irgendwie zu helfen.

Eine diskutierte Verfügung.

Drüben in Rumänien ist etwas Fürchterliches passiert. Die „fünfte Kolonne" (der Ausdruck stammt aus dem spanischen Bürgerkrieg), in Rumänien die ehemalige Eiserne Garde, hat für den Moment des deutschen Erscheinens an der rumänischen Nordgrenze eine Aktion vorbereitet. Ein siebenbürgischer Fascist namens Dumitrescu mit ungefähr einem Dutzend Leuten bereitete den Mord auf den Ministerpräsidenten Calinescu vor. Die Ausführung des Mordes zeigt deutlich, was geplant war: Nachdem die elf Kugeln Calinescu getroffen, stürzten die Mörder ans Radio und gaben das Ergebnis öffentlich bekannt. In den Konzentrationslagern erhoben sich die Gefangenen. Offenbar hegten sie die Hoffnung, es würde sich im ganzen Land ein Sturm erheben. Und . . . falls die Deutschen wirklich an der bukowinischen Grenze standen, konnte der Tanz losgehen: Einmarsch der „Verbündeten", die im gleichen Siegeslauf wie durch Polen nun auch die bessarabische und moldavische Ebene hinunter nach Bukarest und den König belehren würden, wer seine Freunde seien.

So ging es in Rumänien zu . . . die Deutschen sind nicht erschienen, die unvorhergesehenen Russen schoben sich zwischen sie und die aufstandsbereiten rumänischen Fascisten, die Aufständischen und Mörder wurden zu Hunderten erschossen. Es ist nicht leicht, zu sagen, was geschehen wäre, wenn statt der Russen die Deutschen vor Cernowitz erschienen, wie das alle Welt zwei Wochen lang erwartete. Daß es völlig anders herauskam, und daß nur das vorbereitete Attentat trotzdem losging, verhindert die Welt, ganz zu sehen, mit welchen Gefahren jeder angegriffene Staat zur heutigen Zeit rechnen muß: Mit der „fünften Kolonne". Das heißt: Mit einem Gegneer im eigenen Lande, der dem Angreifer durch ideologische Verwandtschaft oder sonstwie verbunden ist und seine eigene Aufgabe hat. In Polen hat diese fünfte Kolonne gespielt und durch Sabotage schwere Schäden angerichtet, die dem Angreifer nützten. Dort waren es die sogenannten „volksdeutschen" Organisationen.

Würden auch wir Schweizer eine solche „fünfte Kolonne" fürchten müssen? Seit langer Zeit warnen gewisse Blätter uns vor derartigen Möglichkeiten. Sie nennen da und dort einen Verdächtigen mit Namen. Sie weisen auf die ausländischen Organisationen hin, die von unsern Behörden arglos geduldet würden. Sie deuten auf die Reste unserer Frontisten und behaupten, es befänden sich zum wenigsten landesverräterische Exemplare darunter, selbst wenn die Gesamtfront an keine solchen Dinge denke. In der Ostschweiz ist die Spionagevermutung groß. Selbst bei uns, im anscheinend nicht so exponierten Bern, munkelt man davon, daß dort und dort, an der und der Straße, einer oder eine wohne.

Ob die Gefahr wirklich vorhanden sei, wissen wir nicht. Aber der Bundesrat hat auf Grund seiner Vollmachten, die ihm vom Parlament bewilligt wurden, eine Verfügung erlassen, die dazu bestimmt ist, gegen diese „fünfte Kolonne", falls sie existiert, vorzugehen.

Auf Grund dieses Vollmachtenbeschlusses vom 30. August 1939 gibt die genannte Verordnung der Armee, genauer den Territorialkommandos, wie der Bundesrat in einer nachträglichen und beschwichtigenden Erklärung dartut, unerwartet weitgehende Befugnisse.

Es wird bestimmt, daß das Armeekommando im Rahmen der Verordnung die zur Wahrung der Landessicherheit notwendigen Maßnahmen treffen könne. Vorbehalten bleiben allerdings die Befugnisse, welche dem Bundesrat laut Verfassung, Gesetz und Beschluß vom 30. August zustehen.

Das Armeekommando kann seine Befugnisse an die ihm untergebenen Stellen übertragen. Das würde ja auch praktisch geschehen müssen, und darauf gründet der Bundesrat auch seine beschwichtigende Klarstellung. Trotzdem bleibt das, was diese Territorialkommandostellen alles verfügen können, für manche Kreise erschreckend viel.

Es heißt, daß die bürgerlichen Behörden den Anordnungen des Armeekommandos oder der von ihm ermächtigten Stellen nachzukommen hätten. Das geht vor allem die Bundespolizei und die Polizeiorgane der Kantone an. Sie sollen die militärischen Organe in ihren Maßnahmen unterstützen und ihnen alle zweckdienlichen Meldungen zukommen lassen. „Nicht ohne Not", und „so weit es die Wahrung der Landessicherheit zuläßt", sollen die Unverletzlichkeit der Person, des Privateigentums und der privaten Rechtsverhältnisse nicht angetastet, und die Funktionen der bürgerlichen Behörden in keiner Weise durchkreuzt werden.

Das sind Anordnungen, die natürlich der Bundesrat ebenso zurücknehmen kann, genau so wie er sie „delegierte". Aber die untern Behörden können sich, falls es einer Kommandostelle einfällt, den „Notzustand" eigenmächtig aufzufassen und gewisse Grenzen zu überschreiten, nicht wehren. Noch weniger können es Privatpersonen und nichtbehördliche Organisationen, denen gegenüber die Militärgewalt noch weitgehende Rechte erhält.

Jedermann ist verpflichtet, Befehlen zu gehorchen, Auskunft zu erteilen, Hausfuchungen vornehmen zu lassen, jede verlangte Türe zu öffnen, Bücher oder was es sei, vorzulegen. Schäden, die unverdienterweise entstehen, sind entschädigungspflichtig, und die untersuchenden Stellen haben Schweigepflicht. Geheimnispflichten schützen nur, wenn die Verletzung des Geheimnisses strafbar wäre.

Was am meisten böses Blut gemacht, das war die Möglichkeit, durch das Militär Versammlungen zu verbieten und Post- und Telephonüberwachung für verdächtige Personen zu verfügen. Besonders ein Passus stach in die Augen: „Wer verdächtig ist, Landesverrat begehen zu wollen . . .

Regierung und Parteien von Baselstadt verlangen vom Bundesrat die Abänderung seiner Verordnung und laden alle Kantonsregierungen ein, sich mit Basel zu besprechen, damit die Verordnung klarer gefaßt werde und ungewollte Möglichkeiten ausschließe. Der erste Rufer im Streit war nicht etwa ein „Roter", sondern Redaktor Oeri von den Basler Nachrichten . . . —an—